

„Die Justiz ist ein Feedback-System“

Der Berliner Senator für Justiz und Verbraucherschutz Thomas Heilmann (CDU) im Gespräch mit dem Bonner Rechtsjournal.*

Thomas Heilmann (*1964 in Dortmund) studierte Rechtswissenschaft in Bonn und legte 1993 sein 2. juristisches Staatsexamen in München ab. Bereits 1990 gründete er die Werbeagentur Delta-Design, die 1991 in „Scholz & Friends“ aufging und der er seit 2001 als geschäftsführender Gesellschafter und anschließend bis 2008 als Vorstandsvorsitzender angehörte. *Heilmann* hat zahlreiche Unternehmen in verschiedenen Branchen mitgegründet oder deren Aufbau mitfinanziert. So war er bis 2010 Gesellschafter von Facebook. Am 12. Januar 2012 ernannte der Regierende Bürgermeister von Berlin ihn zum Senator für Justiz und Verbraucherschutz.

Bonner Rechtsjournal: *Herr Senator Heilmann, Sie sind Absolvent der Juristischen Fakultät in Bonn. Woran denken Sie als erstes, wenn Sie an Ihre Bonner Studienzeit zurückblicken?*

Thomas Heilmann: Zuerst denke ich an das hässliche Gebäude, in dem ich mich trotzdem sehr wohl gefühlt habe und an ein nettes Cafe an der Rheinseite, dessen Namen ich aber leider schon vergessen habe.

„Ich wollte schon immer in die Wirtschaft“

BRJ: *Sie sind Volljurist, haben aber nie in einem klassischen Juristenberuf gearbeitet. Wie kam es dazu?*

Heilmann: Ich wollte schon immer in die Wirtschaft gehen und empfand die Juristenausbildung als sehr geeignete Vorbereitung – vorausgesetzt, man eignet sich die ökonomischen Kenntnisse auf andere Weise an. Mich hat schon immer interessiert wie das Zusammenleben von Menschen organisiert wird. Als Unternehmer haben sie das Privileg, dies nicht nur theoretisch in Gutachtenform zu tun, sondern sie können das Miteinander von vielen Mitarbeitern in einer sehr konkreten Art gestalten.

BRJ: *Auf der anderen Seite verfügen Sie bisher über wenig Verwaltungserfahrung, führen als Leiter der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz eine große Behörde. Wirkt sich das in Ihrem beruflichen Alltag eher positiv oder negativ aus?*

Heilmann: Zwar habe ich die Förmlichkeit der Verwaltung nicht erlebt, aber viele tausend Mitarbeiter geführt. Das Führen von Menschen ist in einer Behörde nicht anders als in einem Unternehmen. Sie müssen Entscheidungen treffen. Sie haben Hierarchien, mit denen Sie umgehen müssen. Und Ihre Mitarbeiter konfrontieren Sie immer wieder mit Problemen fachlicher oder persönlicher Natur.

„Der Betrug im Internet ist das viel größere Problem als der Datenschutz“

BRJ: *Heutzutage verschwimmt im Internet die Grenze zwischen öffentlichem und privatem Leben. Müssen wir wieder neu lernen, wie wertvoll eine Privatsphäre ist?*

Heilmann: In vielen Fragen wollen die Menschen zurück zur guten, alten Familie im Dorf. Aber auch damals gab es doch keine strikte Trennung zwischen öffentlichem und privatem Leben. Das ist ja kein neues, der „virtuellen Welt“ geschuldetes Phänomen sondern begleitet uns seit Jahrtausenden. Wir Menschen sind also eigentlich recht gut geübt im Umgang mit dieser Situation. Die völlige Trennung des Lebens in eine Arbeitssphäre und eine Privatsphäre, finde ich im Übrigen überhaupt nicht erstrebenswert.

BRJ: *Also benötigen wir kein Datenschutzrecht im Internet?*

Heilmann: Natürlich müssen wir gerade schwächere Menschen schützen. Die Schwierigkeiten, die wir in der Politik haben, resultieren zum größten Teil aus dem hohen Innovationstempo im Internet. Das führt dazu dass wir nach zehn Jahren auf Fragen antworten, die längst nicht mehr aktuell sind. Der Betrug im Internet ist das viel größere Problem als der Datenschutz. Wir müssen die Nutzung der Vertragsfreiheit so ausgestalten, dass im Netz niemand über den Tisch gezogen wird.

* Das Interview fand am 21. März 2012 im Hamburger Bahnhof (Berlin) statt.



Thomas Heilmann im Gespräch mit dem Bonner Rechtsjournal

BRJ: *Aber der Datenschutz ist durch weltweit agierende Konzerne wie Google oder Facebook unter Druck geraten. Ist das nationale Datenschutzrecht überhaupt geeignet in einer global vernetzten Welt wenigstens die von Ihnen angesprochenen Schwachen zu schützen?*

Heilmann: Die Konzentration von Unternehmen im Internet ist ein wettbewerbsrechtliches, aber kein datenschutzrechtliches Problem. Im Gegenteil: Datenschützer haben es bei großen Unternehmen wie etwa Facebook leichter, einen zuständigen Ansprechpartner zu finden. Je mehr Teilnehmer sie haben, desto unübersichtlicher wird es. Was nichts daran ändert, dass wir in vielen Rechtsfragen durch die Internationalisierung der Berufs- und Geschäftswelt neue Antworten finden müssen, weil der nationale Gesetzgeber nicht mehr an die Akteure herankommt. Das gilt nicht nur für den Datenschutz. Wir Juristen sind bekannt dafür, juristische Grundsätze eher in Jahrtausenden, denn in Monaten zu entwickeln. Daher werden wir wohl Geduld haben müssen.

„Die Leute stimmen mit den Füßen ab“

BRJ: *Sehen Sie in den Forderungen nach einem elektronischen Radiergummi, der ein „Recht auf Vergessen“ garantieren soll, einen realistischen Ansatz?*

Heilmann: Ich glaube, dass der elektronische Radiergummi kommen wird. Wir benötigen noch die technischen Systeme, ich bin aber überzeugt, dass der Ansatz realistisch ist.

BRJ: *Es gibt mittlerweile erfolgreiche Suchanbieter im Internet, die bewusst keine Nutzerdaten speichern. Ist der Verbraucher nicht selber gefragt, verantwortungsvoller mit seinen Daten umzugehen und kritischer scheinbar kostenfreie Dienstleistungen zu hinterfragen?*

Heilmann: Die Leute stimmen mit den Füßen ab. Wir hatten in Deutschland das VZ-Netzwerk als Konkurrenzprodukt zu Facebook. Das hat sich damit profiliert, dass es den Datenschutz der Nutzer ernster nimmt. Das Ergebnis ist bekannt. Ich glaube, das subjektive Bedrohungsgefühl des Einzelnen ist viel niedriger als die Thematisierung in der politischen Debatte. Das heißt nicht, dass man nichts tun muss, aber man muss über den Maßstab reden.

„In meiner früheren Funktion hätte ich einige Piraten sofort eingestellt“

BRJ: *Die Netzgemeinde beeinflusst die politische Landschaft, wie an der Piratenpartei zu sehen ist. In aktuellen Umfragen könnten sie sogar in den Bundestag einziehen, im Berliner Abgeordnetenhaus ist die Partei schon vertreten. Was sind ihre persönlichen Erfahrungen mit den neuen Kollegen?*

Heilmann: Meine Erfahrungen sind sehr gemischt. Bei den Piraten gibt es durchaus sehr kluge Menschen, die ich in meinen früheren Funktionen in Unternehmen sofort eingestellt hätte. Aber es gibt auch sehr unerfahrene, naive und auf die Show abzielende Kollegen. Ich glaube nicht, dass die Piraten wegen des Internets im Parlament vertreten sind. Das Internet war nur eine organisatorische Voraussetzung für ihren Erfolg. Die Politikverdrossenheit gibt es schon länger als

die Piraten und hat viele Gründe. Viele Menschen verstehen das parlamentarische System nicht, finden Entscheidungen intransparent und fühlen sich durch die Repräsentanten der traditionellen Parteien schlecht vertreten. Die Piraten artikulieren dieses Bedürfnis und wollen Ausdruck dessen sein. Sie haben aber, das muss man deutlich sagen, selber keine Lösung.

BRJ: *Betrifft dieses Phänomen vor allem junge Menschen?*

Heilmann: Ich glaube, das betrifft alle Altersklassen und alle Schichten. Junge Leute sind allerdings eher bereit Piraten ohne Lösungskompetenz zu wählen als ältere Leute.

BRJ: *Welche Konsequenz ergibt sich daraus für die großen Volksparteien? Ein neuer YouTube-Channel?*

Heilmann: Mehr YouTube, mehr Twitter oder mehr Internet wird das Problem nicht lösen, da es das Problem nicht angeht. Die Leute wollen nicht mehr „Informations-Overload“, sondern transparentere politische Prozesse.

„Quoten sind keine dauerhafte Lösung“

BRJ: *Die Piratenpartei käme bei einer gesetzlichen vorgeschriebenen paritätischen Besetzung von Kandidatenlisten nach französischem Vorbild – jedenfalls zurzeit – arg in Bedrängnis. Unabhängig von der Frage, ob so eine Quotenregelung verfassungsrechtlich zulässig wäre, ist sie bei politischen Parteien auch sinnvoll?*

Heilmann: Zwang ist ein taugliches Instrumentarium, um Veränderungsprozesse zu befördern. Quoten sollten aber meiner Meinung nach nicht das Ziel sein. Deshalb finde ich es nicht sinnvoll, starre Systeme wie die Quote auf Dauer anzulegen um damit Dinge auszuhebeln.

Wir hatten früher bereits politische Quotenregelungen, die nach evangelischer und katholischer Religionszugehörigkeit unterschieden. Danach hätte Herr Gauck niemals Präsident werden können. Ich halte das für kein geeignetes Kriterium, es ist einfach nicht zeitgemäß.

Ich kann mir aber in Aufsichtsräten von großen Gesellschaften eine strikte Quote sehr gut vorstellen: Aufsichtsräte haben unternehmens- und gesellschaftspolitisch eine andere Aufgabe. Gerade durch ihre heterogene Zusammensetzung unterstützen und befördern sie Abwägungsprozesse durch interessante Debatten und Argumente. Trotzdem können Quoten immer nur eine Übergangslösung zur Behebung von Missständen sein, aber keine dauerhafte Lösung.

BRJ: *Welchen Frauenanteil haben die Berliner Justizbehörden?*

Heilmann: Etwa 40 Prozent Frauen.

BRJ: *Muss oder soll das gesteigert werden?*

Heilmann: Wir haben in manchen Bereichen sogar eine Überrepräsentation von Frauen. Im nichttrichterlichen Dienst sind über 80 Prozent Frauen tätig.

BRJ: *Brauchen wir hier eine Männerquote?*

Heilmann: Nein. Aber wir sind auch in den Führungsgremien im Vergleich zu anderen Institutionen ganz gut aufgestellt.

BRJ: *Welche Probleme erkennen Sie in der Justiz?*

Heilmann: In der Justiz sehe ich die stark veränderten Rahmenbedingungen. Wir haben weniger finanzielle Mittel. Gleichzeitig steigt die Arbeitsbelastung, weil auch das Bedürfnis nach gerichtlichen Entscheidungen steigt. Wir haben jetzt schon aufgrund des demographischen Wandels Ausbildungs- und Anwärterplätze in der Justiz nicht besetzen können. Es läuft darauf hinaus, dass wir Justiz mit weniger Personal durchführen werden müssen. Das ist nur möglich, wenn wir unsere Prozesse und die IT-Unterstützung auf den Stand des technisch Möglichen bringen.



Marek S. Schadrowski und Thomas Heilmann

So etwas setzt wiederum ein Umdenken in der Justiz heraus. Dieses Umdenken zu bewirken wird wohl meine schwierigste Aufgabe sein.

BRJ: *Gleich nebenan befindet sich das Berliner Sozialgericht, das bekannt ist für die Vielzahl der dort bearbeiteten und noch anhängigen Verfahren. Ist es überhaupt möglich dem einzelnen Richter mehr Fälle zuzuordnen?*

Heilmann: Wir müssen wir herausfinden: Warum haben wir so viele Prozesse und wie können wir möglicherweise rechtspolitisch darauf reagieren? Die Justiz ist ein Feedback-System allgemeiner Natur. Die Gerichte wiederum haben ein Einzelfall-Feedback-System und durch ihre Entscheidungen einen hohen Effekt. Was fehlt, ist eine systematische Feedback-Kultur zu der Frage: Was führt eigentlich zum Streit und was sollten wir im Verfahren oder im materiellen Recht ändern, um die Streitigkeiten abzubauen. Das ist, was wir kulturell schaffen müssen.

BRJ: *Inwiefern kann die Politik diese Kultur steuern?*

Heilmann: Indem sie die Feedback-Systeme einführt und dann vor allem beachtet. Die gibt es heute nur bei Lobbyisten.

„Der einzelne Täter ist ökonomisch gesehen ein Millionenverlust“

BRJ: *Das Feedback aus vielen Jugendgerichtsverfahren der Hauptstadt zeigt die Notwendigkeit eines sogenannten „Warnschussarrests“?*

Heilmann: Das habe ich so nicht erlebt. Es gibt eben kein Feedback-System das uns zeigen könnte, welche der zahllosen Maßnahmen nach dem JGG welche Wirkung erzielen.

Wir haben eine wahnsinnig hohe Rückfallquote bei jugendlichen Straftätern, aber kein institutionelles Erfahrungswissen, welche der konkreten Maßnahmen die Leute auf den Weg zur Tugend zurückführen. Wieso gibt es die eigentlich nicht?

BRJ: *Wegen des mangelnden Personals?*

Heilmann: Das ist zu kurzichtig. Ein Mensch, der im jugendlichen Alter kriminell ist und eine kriminelle Karriere bis an sein Lebensende führt, kostet die Allgemeinheit schon im Einzelfall eine siebenstellige Summe. Wenn Sie die Opportunitätskosten mit einrechnen und fragen, was er in die Sozialsysteme eingezahlt hätte, ist das keine irrealer Betrachtung. Wenn wir das nur ökonomisch sehen, ist der einzelnen Täter ein persönlicher Millionenverlust.

„Wir müssen die Realität entscheiden lassen“

BRJ: *Könnte also der Warnschussarrest Abhilfe schaffen, um die angesprochenen kriminellen Karrieren frühzeitig zu beenden?*

Heilmann: Wir haben eine system-immanente Lücke, die den Richtern gerade das nicht ermöglicht. Es gibt den Jugendarrest und die Jugendstrafe. In beiden Fällen haben wir Fachleute vor Ort und können versuchen auf die Täter einzuwirken und zu intervenieren, damit sie ihre rechtswidrigen Handlungen einstellen. Wird eine Jugendstrafe aber zur Bewährung ausgesetzt haben wir keine Einwirkungsmöglichkeiten. Der Warnschussarrest, dessen Name nicht sehr glücklich ist, ist nichts weiter als die Möglichkeit für diese Fälle eine Intervention durch die Gesellschaft zuzulassen. Diese Option ist sinnvoll.

BRJ: *Ist es auch sinnvoll das relativ neue Instrument der „Fußfessel“ nach § 68b I 1 Nr. 12 StGB auch bei Untersuchungshäftlingen anzuwenden?*

Heilmann: Die Fußfessel ist ein Haftvermeidungsinstrument und das mildere Mittel gegenüber der Untersuchungshaft. Im Ausland gibt es schon positive Erfahrungen, aber in Deutschland haben wir keine Erfahrungswerte. Wir müssen jetzt untersuchen wie sich die „Fußfessel“ auf Fluchtmomente und Rückfallgefahr im Vergleich zur Untersuchungshaft auswirkt. Ziel der Maßnahme ist es, die Rückfälligkeit abzubauen. Deswegen finde ich es gut und richtig, dass wir das Instrument ausprobieren. Theoretisch wird alles vertreten. Jetzt müssen wir die Realität entscheiden lassen. Wie sagte Marx: „Wenn Theorie und Wirklichkeit nicht zusammenpassen - wie schade für die Wirklichkeit.“

„Werden Sie keine Schmalspur-Juristen“

BRJ: *In der Realität wurden nahezu alle Studiengänge in Deutschland auf das internationale Bachelor-Master-System umgestellt. Bisher schreckt die Politik noch zurück, wenn es wirklich ernst wird, d.h. bei Medizin und Rechtswissenschaft. Auch bei den Juristen wird weiterhin für eine Umstellung geworben. Erachten Sie das für sinnvoll?*

Heilmann: Wir müssen uns vielmehr überlegen, ob wir wirklich allen Juristen die Befähigung zum Richteramt erteilen müssen, oder ob wir im zweiten Staatsexamen nicht auch alternative Wege für diejenigen anbieten können, die das gar nicht wollen. Wieso soll ein Kandidat lernen, wie ein staatsanwaltschaftliches Rubrum auszusehen hat, wenn er am Ende ohnehin nicht dort tätig werden will. Ein alternativer Abschluss für Juristen könnte eine Lösung sein. Dafür müssen wir die Nachfrage in der Wirtschaft eruieren.

BRJ: *Also stehen Sie der generellen Einführung des Bachelor-Master-Systems bei den Rechtswissenschaften eher ablehnend gegenüber?*

Heilmann: Ja, ich bin eher skeptisch.

BRJ: *Welche Botschaft möchten Sie den Jurastudenten mit auf den Weg geben?*

Heilmann: Werden Sie keine Schmalspur-Juristen, sondern sehen sie sich unbedingt noch etwas anderes an.

BRJ: *Wir bedanken uns für dieses Gespräch.*

Das Interview führten *Marek Steffen Schadrowski* und *Gregor Wiescholek*
Fotos: *Gregor Wiescholek*